

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich Wilhelms-Universität Bonn



Frank Ronge (Hrsg.)

**Die baltischen Staaten
auf dem Weg in die
Europäische Union**

**Discussion
Paper**

C 1
1998

Inhalt

Magnifizenz Prof. Dr. Klaus Borchard.....5

Rektor der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Prof. Dr. Ludger Kühnhardt.....9

Direktor des Zentrums für Europäische Integrationsforschung

Auf dem Weg in die Europäische Union: Europa - ungeteilt

Mart Laar 13

Ministerpräsident der Republik Estland a. D.

Dr. Valdis Birkavs.....21

Außenminister der Republik Lettland

Dr. Algirdas Saudargas29

Außenminister der Republik Litauen

Hans-Dietrich Genscher, MdB37

Außenminister der Bundesrepublik Deutschland a. D.

Diskussion.....47

Klaus Borchard

Die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn begreift die Frage nach der künftigen Gestalt Europas seit geraumer Zeit als eine wichtige Aufgabe und auch als eine große Herausforderung für Forschung und Lehre. Das Zentrum für Europäische Integrationsforschung bietet dafür eine neue institutionelle und richtungweisende Grundlage.

Mit der Frage nach der Gestalt Europas ist jene nach der Erweiterung der Europäischen Union eng verknüpft. Längst ist uns allen klar geworden, daß sich unsere europäischen und transatlantischen Organisationen an einem Scheideweg befinden. In den Jahren des Kalten Krieges hatten wir uns daran gewöhnt, Europa vor allem als Westeuropa zu betrachten. Mit dem Epochenjahr 1989 und den weltpolitischen Folgen des Umbruchs ist diese Sichtweise, wie uns allen inzwischen klar geworden ist, viel zu eng.

Das betrifft natürlich auch das Baltikum. Mit welchem Recht könnten wir den Begriff Europa auf Polen oder andere Länder anwenden, den baltischen Staaten aber gleichzeitig diesen Begriff verweigern und sie in den Clemenceau'schen *Cordon sanitaire* zurückstoßen? Man braucht nicht bis zur Geschichte der großen Hansestädte zurückzugehen, um zu erkennen, daß die Ostsee historisch besehen ein großes Binnenmeer ist. Das erste Schiller-Denkmal ist übrigens nicht in Deutschland, sondern auf der kleinen estnischen Ostseehalbinsel Puhtulaid errichtet worden.

Die Erweiterung der Europäischen Union über den Kreis der nun enger ins Auge gefaßten Beitrittskandidaten hinaus ist eine allgemein akzeptierte Zielvorstellung. Man fühlt sich den betreffenden Ländern gegenüber, die, wie die baltischen Staaten, in den verflochtenen Jahrzehnten der Unfreiheit oft nicht einmal die eigene Staatlichkeit entfalten konnten, in der Pflicht. Der politische Wille, diesen Staaten den so lange ersehnten Zugang zu

unseren stabilitätssichernden europäischen Institutionen zu gewähren, ist somit zweifellos vorhanden.

Auf Probleme wirtschaftlicher, institutioneller und sicherheitspolitischer Art stoßen wir aber, wenn wir die Umsetzung dieser Ziele erörtern. Das Problematische ist, daß der Beitrittswunsch jener Staaten in eine Phase fällt, in der wir gleichzeitig von einer Vertiefung des europäischen Integrationsprozesses sprechen. Wie schwierig der Prozeß der Vertiefung bereits in der jetzigen Mitgliederkonstellation fällt, zeigen die alles andere als ermutigenden Ergebnisse der Maastricht II-Regierungskonferenz.

Wie also können wir den Beitritt der baltischen Staaten mit der geplanten Wirtschafts- und Währungsunion verbinden? Wie kann man die kaum dem Transformationsprozeß entwachsenen Volkswirtschaften der beitragswilligen Länder an den mitunter sehr rigiden Wettbewerb im gemeinsamen europäischen Markt heranzuführen? Auch hinsichtlich der institutionellen Organisation stellen sich viele Fragen. Wie etwa kann eine bisher vor allem am gemeinsamen Konsens ausgerichtete Politik mit 25 oder gar mehr Mitgliedstaaten funktionieren? Welche neuen Verfahren der Konsensfindung sind notwendig? Und läßt sich überhaupt ein Europa mit über 500 Millionen Einwohnern noch in jene Integrationspläne fassen, die wir bisher entwickelt haben?

Wenn wir über den Weg der baltischen Staaten nach Europa sprechen, sind zudem sicherheitspolitische Erwägungen von ganz entscheidender Bedeutung. Wie kann man dem Beitrittswunsch der baltischen Staaten und gleichzeitig dem äußeren Machtanspruch eines nach innen hin alles andere als konsolidierten Rußlands entsprechen? Bei der Konzentration auf eine europäische Verteidigungsidentität mit mittel- und osteuropäischer Beteiligung stellt sich auch die Frage nach der Zukunft der transatlantischen Beziehungen.

Ich will es bei diesen Fragen belassen, die die Tragweite der Osterweiterung der Europäischen Union zumindest in Ansätzen deutlich machen. Es ist wichtig, daß wir diese Fragen nicht nur aus unserer eigenen Perspektiven oder, anders: von unserem sicheren Hafen aus betrachten. Vielmehr

Die baltischen Staaten auf dem Weg in die Europäische Union

zeichnet sich die Wissenschaft gerade durch eine permanente Erweiterung der Perspektiven aus.

Ludger Kühnhardt

Die Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit von Estland, Lettland und Litauen im Jahre 1991 gehört zu den großen, bewegenden Ereignissen der revolutionären Dekade, die hinter uns liegt. Was kaum noch jemand für möglich gehalten hatte, ist längst wieder Teil der europäischen Realität geworden. Esten, Letten und Litauer haben ihr Selbstbestimmungsrecht wiedererlangt. Der Selbstbehauptungswille dieser drei kleinen Völker der großen europäischen Familie hat auf beeindruckende Weise triumphiert. Das nach der legendären Bernsteininsel Baltia benannte Baltikum erfährt seine geschichtliche Rehabilitation nach bitteren Jahrzehnten, die seit dem Hitler-Stalin-Pakt von 1939 die baltischen Völker bis an den Rand einer existentiellen Katastrophe geführt hatte. Heute ist schon wieder die Rede von den kleinen Tigerländern an der Ostsee. Allein ihr Handel untereinander wird, so gehen die Prognosen, bis zum Jahr 2010 um das Neunfache steigen. Aber der Weg von der nationalen Selbstbehauptung zur vollständigen europäischen Verankerung steht erst am Anfang.

Esten, Letten und Litauer haben es zum nationalen Ziel erklärt, ihren Platz in den Integrations- und Kooperationsgemeinschaften der euroatlantischen Welt zu finden. Sie wollen Mitglied der NATO und der Europäischen Union werden. Sie haben ein Recht, ihren Willen auszudrücken. Wenn Europa es ernst mit seinen Idealen meint, muß es den nationalen Willen aller seiner Völker ernst nehmen. Beim Davoser Weltwirtschaftsforum 1987 sprach Bundesaußenminister Genscher davon, man müsse Gorbatschow beim Wort nehmen. Viel ist seither geschehen, aber noch nicht genug. Heute muß Europa die baltischen Staaten beim Wort

ihrer selbstbestimmten Ideale nehmen. Wer davon redet, „Anwalt der baltischen Staaten“ sein zu wollen, muß es auch sein.

Am 12. und 13. Dezember 1997 hat der Europäische Rat darüber entschieden, mit welchen Staaten formelle Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden sollen. In ihrer Agenda 2000 hatte die Europäische Kommission deutlich gemacht, daß bisher noch kein Beitrittskandidat alle Kriterien einer Mitgliedschaft erfüllt, so wie sie die Europäische Union 1993 in Kopenhagen aufgestellt hat. Aber in den meisten Staaten, die in die EU streben, stimmt die Richtung der Transformationsprozesse. Die Kommission hatte vorgeschlagen, zunächst Beitrittsverhandlungen mit Polen, Ungarn, Tschechien, Slowenien, Zypern und Estland aufzunehmen. Vieles war vor der Luxemburger Entscheidung über Formen und Formeln zu hören gewesen, damit Litauen und Lettland, Rumänien und Bulgarien, die Slowakei und vor allem auch die Türkei nicht ausgegrenzt werden. Dies bleibt in der Tat das Entscheidende, um eine Europäische Union weiter zu gestalten, in der es keine „vergessenen Staaten“ gibt, um es in den Worten des ehemaligen Außenministers Hans-Dietrich Genscher zu sagen. Es darf vor allem nicht zu einer europäischen Teilung des Baltikums kommen.

„Die europäische Integration“, so führte Hans-Dietrich Genscher, diese Institution und Autorität der europäischen Politik, im September 1997 in Wilna aus, „begründete eine neue Kultur des Zusammenlebens in Europa nach zwei mörderischen Weltkriegen. Sie setzt Verantwortungspolitik an die Stelle von Machtpolitik.“ Und weiter sagte er: „Die Geschichte pflegt ihre Angebote nicht zu wiederholen.“

Am 27. November 1997, zwei Wochen vor der richtungweisenden Entscheidung des Europäischen Rates, hatte das „Zentrum für Europäische Integrationsforschung“ deswegen zu einem „ZEI-Europaforum“ eingela-

den, um über ein bisher unbewältigtes Problem der europäischen Integration zu sprechen und über Perspektiven seiner Lösung nachzudenken, so wie es dem Gründungsauftrag unseres Forschungsinstituts entspricht. Das „Zentrum für Europäische Integrationsforschung“ will heiße Eisen anpacken und Anstöße geben, dort weiterzudenken, wo andere geneigt sind aufzuhören. Das Forum „Die baltischen Staaten auf dem Weg in die Europäische Union“, das große Aufmerksamkeit gefunden hat, war ein Beispiel dafür, wie dies gemeint ist.

Mart Laar

Mart Laar, Jahrgang 1960, studierte Geschichte in Tartu und unterrichtete an einer Sekundarschule in Tallinn. Er gehörte zu den Inspirationskräften des estnischen Aufbruchs Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre, zunächst bei der Gründung der estnischen christdemokratischen, dann in der nationalliberalen Partei *Pro Patria*. Von 1992 bis 1994 stand Mart Laar als Ministerpräsident an der Spitze der Regierung der Republik Estland. In den Jahren 1995 und 1996 führte er die *Pro Patria*-Parlamentsfraktion. Mart Laar ist Mitglied des *Riigikogu* und Vorsitzender der dortigen Estnisch-Deutschen Freundschaftsgruppe.

Estonia – A Part of Europe

The re-integration into Europe has been the main goal of Estonian policy from the first days of the restoration of Estonian independence. It has been pursued by all governments irrespective of their political background. The re-integration into Europe has not been an easy task. After fifty years of foreign occupation Estonia was in ruins. We were ruined both economically and mentally. Our economy was in shambles and the spirit of our people spoiled quite largely by socialist heritage.

Economic and Political Reforms

The four year struggle for independence had not left enough time for effective economic reforms. Even during the times of the Great Depression

in the 1930s the situation was not as bad as during our struggle for independence. Industrial production declined by more than 30% over two years, real wages fell by some 45%, fuel prices rose by more than 10,000% over the same period while inflation ran at more than 1,000% per annum. In 1992-93 forecasts predicted an unemployment rate of 30%. People were standing for hours and hours in lines to buy food. Bread and dairy products were rationed.

Now, after five years, we can hardly recognise the country. Within these five years my country has changed beyond recognition. Figures of the Estonian economic, social and political development are astonishing. Inflation is down to 10% per annum, unemployment is laying somewhere between 3 and 4%, our budget is balanced, and the gross domestic product is growing by 8-9% this year, which is one of the highest rates in Europe and even higher than in most of Asia's successful countries. Regarding the amount of direct foreign investment Estonia is in the front line of Central and Eastern Europe. Even more, Estonia itself has become a quite active investor in the other Baltic countries and in Ukraine, boosting success in other regions, too, and helping to build common economic structures for real economic cooperation. In 1990 approximately 22% of our population worked in agriculture. In 1996 the figure was 8%.

We have passed important structural reforms in our economy to get us nearer to the economic structures which we see in the Western world. From total dependence on the East – for example, the Russian part in Estonian trade was 92% in 1992 – Estonia has shifted the orientation of its economy towards the West. In 1996 66% of our trade were done with European Union countries. We have built a functioning democracy and a Western civil society. Thus we can state that we have moved from dependence on the East in all areas of life to independence in the West.

Of course there has been an enormous amount of problems to solve and a lot of fights to fight. Governments have changed, some politicians have come, others have gone. But what is essential: the main politics of Estonia have been stable and have been continued all the time. If you are

starting the reforms, if you are pushing your train of reforms to move, once the train starts to move it is very hard, if not impossible, to stop.

The main milestones on our way have been the new constitution in 1992, the ensuing monetary reform and radical economic reforms, membership in the Council of Europe in 1993, the withdrawal of the Russian troops from Estonian soil in 1994, and the signing of the Europe Agreements in 1995. In every step we have made we have always tried to achieve the necessary level for Europe. Every law which we drafted was drafted to pass European norms. This has been a difficult task as well. We are grateful for the excellent cooperation with the German Ministry of Justice, with whose help we even copied some European laws from Germany. The historical background which we share with Germany both facilitates and accelerates the difficult process of law-making by European norms.

Future Challenges

At the same time we must realize that we are only at the beginning of a long, long road. A lot of work is still to be done. But what is most important from my point of view: applicant countries to the European Union should understand that, in fact, we are in Europe. We already have all European problems and we already have to answer to the same challenges as the EU. The situation and the tasks are very hard for both the EU and the applicant countries. It is not easy to deepen integration within the Union, and to enlarge the Union at the same time. This is a demanding and challenging task. The result for the Central and Eastern European countries, including the Baltic states, must be not just to move into a new European house which is being built by somebody for somebody. We must and we want to be with you in building it.

There are already a lot of problems and questions where applicant countries from Central and Eastern Europe can and must work together with other European countries, for example, European Monetary Union. Con-

sidering the difficulties and skepticism which we hear from some EU member states, I think that applicant countries should clearly declare their position on this important question. Some applicant countries would like to join the European Monetary Union as quickly as possible. That is maybe astonishing but Estonia and, I think, most of the Baltic countries will soon fulfill the basic demands of the Monetary Union. Our budgets are mostly balanced, our foreign debts are quite normal, and the main task for us is to fight inflation down. That is what we hope to do in the coming years. In my opinion the countries in Central and Eastern Europe applying for EU membership should loudly state their plans, their wishes and their hopes concerning these questions.

These days another burning problem in Europe is unemployment. Currently, this problem is maybe less relevant for Estonia but if we are not dealing with it now it might become a problem for us, too. Indeed, Estonia has been quite successful in the fight against unemployment. As mentioned earlier, between 1992 and 1994 approximately 30% of the Estonian workers lost their jobs. However, thanks to an active and sometimes quite hard unemployment policy new jobs were found and created with such a speed that unemployment now lies at about 4%. In this context Estonia and the other countries from Central and Eastern Europe must seriously discuss during the enlargement negotiations to have, for example, a transition period for the implementation of the Social Charter. I am afraid that, had Germany started its economic reforms in 1948 with the introduction of the Social Charter, the German Miracle would have never been born. In Estonia we are today closer to the situation in Germany in 1948 than to the one in 1980 or 1996.

Institutional Reforms and Enlargement of the EU

Estonia is also interested in negotiations about the new architecture of the European Union. We hope that the institutional reforms of the European Union will be completed as quickly as possible. The decision making process should be made faster and more effective. It is Estonia's aim that

enlargement will not change the Union to some discussion club which could not pass any decisions. We would not like to join a weakened and scattered Union. We are interested to join a strong and developed Union even if, as a consequence, the voice of every small country will not be as loud as some countries hope. In this process of institutional reform, which is clearly connected to the enlargement, the applicant countries should state their wishes and their ideas. Otherwise enlargement will be postponed further into the future.

The next question is enlargement itself. Now, some weeks before the Luxemburg meeting, it looks as if the European Union is not ready to absorb more than five countries. That would be a hard decision for the Baltic countries because for Estonia, which will be among those five countries, Baltic cooperation is an important task. Looking to the Baltic Sea I must say that this cooperation is an engine for all developments in the region. Therefore, this cooperation must never be stopped. Estonia hopes that the other two Baltic countries will have the opportunity to join the group of five. But if that will not happen, then the minimum demand is to establish enlargement as a process which will be reviewed after a short time under a concrete contract basis. Those countries which are not asked to start negotiations now should be given a possibility to show their achievements after, say, a year, not after five years. They should be closely linked to the process of negotiations. EU enlargement ought to be, like the title of the famous book, a "never-ending story". Applicant countries should not be excluded for long periods but rather have the chance to really deal with the questions of European integration all the time. I am sure that, even if only one Baltic country will start enlargement negotiations with the EU, this will be a clear guarantee for the two other countries to achieve the same in the near future, too.

Security Aspects of EU Enlargement

The European Union is for the Baltic countries not only a matter of economic and political cooperation. It is also connected with vital security

aspects. We do not want to be mere consumers of security granted by the European Union. We want to be creators of security as well. The Baltic countries are developing a successful cooperation in the field of defense. Common naval forces and common air forces will be established. The Baltic Peacekeeping Battalion is doing its job in Bosnia and in other peacekeeping missions around the world. Estonia, Latvia, and Lithuania are active members of the Partnership for Peace Program and associated members of the Western European Union. All three countries have applied for full NATO membership.

If we cannot become full NATO members soon, maybe then we must deepen even further our political cooperation and our participation in other European security institutions. For example, one might think about full membership of the Baltic states in the Western European Union. This would give us more possibilities to participate in security discussions. We signed our current status in the WEU before we became associated members of the EU.

Organized Crime and the Borders

Talking about security problems I cannot leave out crime. The fight against organized crime is becoming ever more essential. It is no secret that some criminals consider the new-coming EU member states from Central and Eastern Europe, including the Baltic countries, as some kind of gateway of drugs, contraband, weapon trade and illegal immigration. Together we must and surely we will prove such calculations to be wrong.

The developments in the Baltic states are showing this unmistakably. We know that we will be the border of the EU. In recent years Estonia has invested hugely in border control systems. We have set up a Border Guard and effectively closed our Eastern border. One of the institutions for which we got a positive remark from the European Commission was

our Border Guard. These tasks may seem small but they are serious questions which have to be solved.

These have been only some aspects of current developments and future problems. As has been said, it is vital to feel that we are already a part of Europe. Therefore we must act as if we are already in the European Union, in all difficulties and achievements, in our common Europe.

Valdis Birkavs

Dr. Valdis Birkavs, geboren 1942 in Riga, studierte Philosophie, Soziologie, Kriminologie und Rechtswissenschaften. Von 1969 bis 1986 lehrte er Kriminologie und forensische Psychologie an der Universität von Lettland. Valdis Birkavs zählt zu den Gründern der Partei „Lettlands Weg“, deren Vorsitzender er bis heute ist. Von 1993 bis 1994 war er Ministerpräsident der Republik Lettland. Seit 1994 hat Dr. Birkavs in verschiedenen Regierungen als Außenminister amtiert.

EU Enlargement and the Baltic States

Latvia's Views on EU Enlargement

EU enlargement is an issue of how to create a new Europe. It is a question of how to secure stability in the long run, a stability in which the present candidate countries would also take full part. The enlargement does not and should not depend on the Commission's ability or inability to hold accession negotiations with five, six, or eleven countries.

The biggest political challenge for Europe ever should not be limited by technical details, however complicated they might seem. We are used to speaking about the European family. It seems now that we are making arrangements for marriage. If two people are in love with one another and want to join their lives forever, then will their inability to lay the wedding table for the guests keep them from getting married? In the case of the

candidate countries, some of the prospective brides lack money and time to prepare a wedding dress and to put on their make-up, and thus they are rejected. Probably we should leave these dangerous analogies and return to rational arguments.

Applicant countries can be characterized as countries embracing democracy, social justice, spiritual freedom, and cultural diversity, all of are in a stage of development and improvement. The countries have not yet reached the level where the prevention of an erosion of the will to reform or a slowing down of the reform process could be guaranteed. Therefore, the support of the reform forces is of supreme importance, not the support of the skeptics.

None of the countries of Central and Eastern Europe currently fulfill the criteria of the accession to the EU. It is equally true that the majority of them will fulfill the criteria in the medium term given the existing pace and dynamic of reforms. Therefore, when making the decision on the initiation of the enlargement process, the European Council in Luxembourg should avoid evaluations characterizing the reforms of some countries as a "half full glass" but those of others as a "half empty glass". Moreover, it should avoid creating the impression that the notion "fulfillment of objective criteria" is being manipulated due to the individual national interests of the member states. That would not be lethal for the trust of the new democracies in future Europe, but dangerous in any case.

In Latvia's view, we cannot speak of a statistical approach to a process which will have historical and political consequences in strengthening stability and peace in Europe in the next century. After the collapse of the USSR, European integration has experienced an unprecedented acceleration. The situation in the reform countries is subjected to a very dynamic development. However, the dynamic as the main feature of the reform countries also has another side, namely heterogeneity. NATO and EU enlargement are the only processes which, by involving the new democracies, accumulate their dynamic, and balance and use it for the benefit of the consolidation of Europe.

In the case of EU enlargement we can speak of an all-embracing process. The most important thing is that nobody is excluded from the process and that an equal approach is applied to all candidates. This is the only way how the objective of an undivided Europe can be achieved, and how it would be possible to escape from security policy failures in Europe and internal policy failures in the reform countries.

Premature differentiation before the initiation of the EU accession negotiations can send an undesirable signal in security policy. In this context the conclusion of the NATO Madrid Summit, characterizing the Baltic countries as eligible to access to NATO, may be interpreted as an excuse and *de facto* rejection. Thus it might create the effect of "double refusal". Since the formation of a new Europe is not just an economic beauty contest but a primarily political process, such possible negative consequences are the direct responsibility of the EU.

Economic Development

The prospects of belonging to the European Union have served as an enormously strong motivation. The EU member states, especially Germany, have strengthened our motivation through their political will and financial support. The radical changes which have taken place in the former socialist countries are an unprecedented historic event in their political, economic and social dimension.

As a representative of Latvia I would like to present you a few examples:

The growth of the Gross Domestic Product is 4.5% for the first six months of 1997. More than 5% are expected by the end of the year. Latvia meets the requirements of the monetary convergence criteria concerning interest on long-term government bonds and exchange rate stability. Inflation is still an exception but with a figure of around 8% Latvia has the lowest inflation of the three Baltic states.

The state budget is balanced and deficit-free both in 1997 and in 1998. The European Bank for Reconstruction and Development (EBRD) says

that over the past years Latvia has had the third highest rate of inward foreign direct investment per person of all applicant countries (behind Hungary and the Czech Republic). A recent EBRD report also states that Latvia has the best development trend of all applicant countries for 1998.

Latvia has a "BBB" ranking from Standard and Poors for long-term foreign currency debt. This is a sign of investors' trust.

95% of all property is under privatization. The privatization process will be completed by mid-1998.

The pace of change is such that reviews have not kept up with the progress made. The Commission took a snapshot when it had the technology to do a video. Latvia's *avis* has figures from 1996. If we start to negotiate accession next spring, the figures will be out of date for one and a half years. In a transition country time is compressed when compared with the pace of development in other countries. Six years of independence for us are equivalent to at least 20 years of normal life.

In order to secure the irreversibility of the positive development it is important to encourage further reforms in the countries of Central and Eastern Europe with unequivocal and clear signals from the EU. Equal perspectives for accession to the EU should be maintained for all Central and Eastern Europe countries. The initiation of EU accession negotiations would be such a signal. The process of accession negotiations ought to be solely based on the fulfillment of efficient criteria. This means that differentiation is necessary after a detailed analysis of the situation in the beginning of accession negotiations with each candidate country.

There are no grounds for the presumption that, in a case when accession negotiations are begun with eleven countries, the candidate countries would use political pressure and demand fast and unprepared accession. This is because reforms are carried out consistently, in a long time period and in the interests of the candidate countries. There are no grounds, either, for the presumption that, when negotiating with eleven countries, the process would become weighty, slow and delayed. It is not the capacity of

the Commission which determines progress or delay of accession negotiations, it is the development of the reform process in the particular applicant country. Therefore, becoming a member state of the EU is closely tied to the success of the reforms in the respective country. In our understanding this would represent the appropriate mechanism for implementing the "passing lane" concept. Under this concept all competitors participate in an equal competition and are not divided into competitors and the audience.

The Baltic Countries as a Region

The development potential of the new Europe lies in the regions, which have to be looked upon as a significant part of the European integration process. The Baltic Sea region, due to its political diversity, is one of the greatest challenges to the durability of the European integration process.

For many centuries the territories of the Baltic states have been passed on from hand to hand by countries that applied the principle of conquering and ruling. The Baltic states are a litmus test for the endurance of the unifying notion of a new, undivided Europe, as well as for the ability to ensure the restored independence of the Baltic states in a long-term perspective. Minister Klaus Kinkel said, "Only when the Baltic states are closely integrated into Europe we will be able to speak of a total liquidation of continental dividing lines". We do not doubt that this is true.

Today regional cooperation of a different character and depth exists among the eleven applicant countries of Central and Eastern Europe. Examples are the Central European Free Trade Area (CEFTA), the cooperation between Alpine and Adriatic countries, and the Baltic cooperation. However, it must be mentioned that only the cooperation of the Baltic states is multi-dimensional, institutionalized to a great extent, and so full of promise. Its formation has been determined not only by the geopolitical identity of the region or the need to utilize the benefits of economic cooperation but also by the common political objectives of Latvia, Lithuania,

and Estonia. The common political objectives of the Baltic states were explicitly expressed during the "singing revolution", through our cultural affinity, and a similar level of economic development.

Latvia has always been aware of the importance of close regional cooperation in future Europe. It has purposefully worked on deepening the cooperation. Close cooperation in security policy is a guarantee for independence of small countries. Trilateral economic, socio-economic, cultural-political, and foreign policy cooperation is a good school for prospective EU members. The economic advantages of the Baltic states are concealed in the common market and the sharing of labor on the international level. This is what is particularly interesting, economically as well as politically, for the EU. It is in the interest of the EU member states to integrate the Baltics not as separate countries but all three together.

Latvia warmly supports Estonia's aspiration to EU membership. We have congratulated Estonia on its success to be among the five applicants invited to begin negotiations. We do not want to risk Estonia. But at the same time we are interested in Baltic cooperation. That is the reason why we would like to see all three Baltic states to start negotiations together. Whether Estonia's precedent creates sufficient stability guarantees for the Baltic region is a good question. It is also a good question whether it is sensible to select just one Baltic state irrespective of the fact that united Baltic cooperation has been a success story in foreign policy, economic and internal policy. (On 20 November, just a few days ago, an agreement between three countries was signed about the removal of non-tariff barriers. We will continue our cooperation).

A clear perspective for becoming a full-fledged EU member has a meaning of existential character and would ensure the continuity of the reform process. The EU identity is the most powerful and mobilizing force for reforms. By not inviting a candidate state to open accession negotiations one would be knocking out of its hands the most important instrument for reforms. This enlargement is totally different from all previous EU en-

largements. In this particular case accession negotiations are not the final stage of accession but an instrument for the preparation of the respective countries. Every country should be included in the process and should be given possibility to use this instrument.

Algirdas Saudargas

Dr. Algirdas Saudargas wurde 1948 in Kaunas geboren. Nach dem Studium der Biophysik arbeitete und forschte er am Institut für Mathematik und Informationstechnologie der Litauischen Akademie der Wissenschaften, am Institut für Biotechnologie und Biochemie in Kaunas sowie am dortigen Medizininstitut. Algirdas Saudargas, ein engagierter Christ, gehörte zu den führenden Kräften im Streben seines Landes nach Unabhängigkeit. Er ist Vorsitzender der Christdemokratischen Partei Litauens. Von 1990 bis 1992 war Dr. Saudargas erstmals Außenminister. Seit 1996 steht er wiederum an der Spitze der Außenpolitik der Republik Litauen.

Lithuania on Its Way to the European Union

My first visit to Bonn took place in 1991. That year was full of smoke coming from the Gulf War. Under coverage of those Gulf War clouds terrible things were happening in Vilnius in January. I was told, "Go to Bonn", and I was really delighted when Hans-Dietrich Genscher accepted to receive me in Bonn. That was a very important meeting for Lithuania. We will never forget Hans-Dietrich Genscher's contribution.

Membership in the European Union is a key priority of Lithuania's foreign as well as domestic policy. We seek EU membership in order to strengthen our European identity, to secure and develop the political and the economic transition, and to form a basis for future economic development. The integration of our state into the EU is not a one-time event. It is a long process of enlarging and deepening the existing cooperation between the Republic of Lithuania and the European Union and its mem-

ber states. In Lithuania there is a broad political consensus concerning future EU membership.

Our meeting today takes place on the eve of key decisions that are to be made during the Luxembourg Summit, and shape the European Union's future. Therefore, I would like to concentrate on current and most relevant issues of the enlargement, as seen from the Lithuanian perspective. Indeed, the debate about enlargement of the EU is getting heated. Before the decisions about launching the whole process are taken there are things to be considered and weighted.

The Vision of a United Europe

While concluding the Treaty of Rome the founding fathers of the European community called upon "the other peoples of Europe who share their ideal to join in their efforts". It is an important piece of the Union's *acquis*. We have adopted it wholeheartedly and we implement it. Not only does Lithuania share those ideals. We have proved it with actions and deeds in transforming our economy, in changing our political lifestyle, in creating enjoyable conditions for all nationalities of Lithuania, and in cooperating with all our neighbors in order to strengthen regional stability. The tasks are not always easy. They do not always bring immediate results. But we continue our endeavors because we think that it is right for us and that it is right for Europe.

It is not the time now to contemplate whether the Commission's recommendation to open EU membership negotiations with only some of the countries of Central and Eastern Europe was influenced by political considerations. We have been told that the Commission's decisions were worked out exclusively on the basis of objective criteria and we tend to accept this.

Indeed, the recommended candidates have advanced far in the process of economic transition. On the other hand, differences between the recommended countries and, for instance, Lithuania are not big. These differ-

ences are not always favorable to the selected countries. Moreover, these are changing differences. It is not clear at all which countries shall be in a more advantageous position in a five or six year period since economic development of Central and Eastern Europe is very dynamic and uneven.

Economic Development in Lithuania

The European Commission recognized that the Lithuanian economy performed rather strongly in 1996 and the first half of 1997. Growth accelerated, inflation kept falling and unemployment decreased. The Commission estimated that, according to the growth of the Gross Domestic Product (GDP), inflation and trade balance in the years 1997–1998, Lithuania will be ahead of the other Baltic states. Lithuania will be ahead of Hungary on GDP growth and trade balance, ahead of Poland on inflation, and ahead of the Czech Republic on inflation and trade balance. Figures published by the International Monetary Fund even predict that GDP will grow by as much as 8% in 1997. Inflation, according to the forecast, will be among the lowest in all Central Europe and will fall to a one-digit figure in 1997-1998.

A new Privatization Program for 1997-98 announced by the Government of the Republic of Lithuania provides for the privatization of more than 1,000 enterprises, including big companies like Lithuanian Telecom, Mazeikiai Oil, Klaipeda Port, and Lithuanian Airlines. The total workforce in the private sector and its part in GDP comprise about 70%. Recently, Lithuania has witnessed a rapid increase in foreign direct investment (FDI). Until 1 July 1997 the total amount of investment rose almost to USD 0.8 billion. By the end of this year the amount of FDI is expected to be USD 1 billion – thus foreign investment is likely to grow by more than three quarters, up from USD 571 million in 1996. The above mentioned Privatization Program could bring in a total of about USD 2 billion in foreign investments by the end of 1998. It should also be noted that Lithuania is the largest Baltic market with excellent sea and land transport links. Lithuania has achieved the existence of a functioning

market economy and prepares itself for competitive pressures and market forces within the Union in medium term.

The Necessity of Equal Opportunity

According to the Commission's Opinion and to the prevailing evaluation among the EU members not a single associated country today meets the economic criteria for the EU membership. However, the criteria that influenced the pre-selection of candidates remain unknown. It would be fully logical that upon the conclusion of negotiations, the countries that will be better prepared will be the first to accede. That is what the negotiation process is for. But we strongly wish that in this process, from the beginning up to the conclusion of the negotiations, all candidate countries be given equal opportunities and treated equally.

To give a parallel, I wonder what would have been the consequences for some of the candidates of the European Monetary Union (EMU) if somebody had had to decide upon their readiness for EMU five years ago. Or in the case of being not recommended for the „first wave“ of EMU? What sort of signal would the financial and other markets have received? Would it have helped those countries to prepare for EMU? I doubt it.

Therefore, we are not speaking about the political considerations behind the Commission's Opinion, but rather about political and strategic consequences of these decisions. It would be a political mistake and a gross infringement of the equal opportunity principle if the decision to open the negotiations were to predetermine in advance the grouping of countries joining the Union.

EU Enlargement is a Process

In Bonn and Paris, Rome and Copenhagen we are being assured that such unwelcome scenario would not occur, i.e., that the EU enlargement process will be inclusive and not exclusive, and that the countries which are

the first to enter into negotiations may not necessarily be the first to conclude them and vice versa. We are quite willing to believe this. However, we would like to enjoy a much higher degree of certainty, if not to say guarantees. Lithuania's history in the 20th century is urging us to search for them.

We hear talks about "ins" and "pre-ins" for EU membership. This seems to clearly contradict the logic of equal opportunity. As long as a "pre-membership" is not introduced and as long as one is not a member of the club we should talk about "pre-ins", i.e., applicants or candidates. Only then the pre-accession strategy would be meant for preparing for accession and Accession Partnership would mean partnership for accession.

Only then the European Conference for enlargement would make sense. Otherwise it may be endangered by too diverging interest of diverging participants. We do not need inclusiveness based on illusions. What we do need is a clear prospect of membership. Nothing but negotiations can make that prospect clear and promising. Only sitting at the table of negotiations would mean that we have reached the point of no return on our way to membership of the Union. Only screening law by law the compatibility of Lithuania's legal, economic, social, and environmental systems with those of the EU would allow us to establish a real timetable and conditions for accession.

We are seeking that the EU summit in Luxembourg this December would extend the invitation to Lithuania to open the accession negotiations early next year. Lithuania is prepared for these negotiations. We want due consideration to be given to the progress of reforms in Lithuania made already after the Commission's decisions, and to the Government's determination to pursue these reforms. Finally, whatever the decisions are that will be adopted we are looking forward to the transparency of the perspective of our membership.

In the preparation of the Opinions the Commission accomplished a huge work, including the preparation of an in-depth analysis of Lithuania's readiness for EU membership. The Government of Lithuania admits the

specified drawbacks and is determined to consolidate its reforms in the indicated directions. Besides that, the Commission's recommendations coincide in many instances with the Lithuanian Government's Action Plan for 1997-2000. A number of reforms proposed by the Commission are underway or have already been implemented. During his recent visit in Vilnius, Mr. Jacques Santer admitted that because of objective reasons the Commission was not in a position to consider the Lithuanian Government's most recent achievements. We welcome his remark that if Lithuania's reforms will keep the same speed and extent, the Commission, when revising the Opinion next year, will take this into account.

A few points ought to be made about the Accession Partnership, which is an instrument that facilitates and accelerates our preparation for the final objective – EU accession. The Accession Partnership is of crucial importance. It provides for the preparation of Lithuania's National Program for the Adoption of the *Acquit*, on the basis of which EU financial assistance to Lithuania will be provided, and the annual reviews of the Commission's opinions made. Having received the Accession Partnership document, the Lithuanian Government reacted immediately. Decision "On Main Accession Priorities for 1998 for the Acceleration of Lithuania's Integration into the EU" was adopted in October 1997 and is being implemented.

Lithuania's Contribution to European Stability

According to the "Freedom House" report of 1996, Lithuania and Poland, the Czech Republic, and Slovenia are the most advanced countries in Central Europe in the field of human and minority rights. Lithuania is a solid and stable democracy, abiding by the basic principles of rule of law, human and minority rights, political pluralism, civic society, etc. Lithuania maintains excellent relations with all its neighbors. To give just a few recent examples, a Border Delimitation Agreement was concluded with Russia, and in September an international conference on "Coexistence of Nations and Good Neighborly Relations – The Guarantee of Security and

"Stability in Europe" took place in Vilnius. In the latter, issues of mutual interest were discussed by the presidents of 11 countries. Mutual understanding dominated the conference and was described by Hans-Dietrich Genscher as the "Vilnius spirit". This is our contribution to stability in Europe.

Europe is getting ready for enlargement. Lithuania has a firm and clear goal to join the Union. I am confident about Lithuania's capacity to complete preparations for the membership around the turn of the century. All we need is equal opportunity, encouragement, and a little bit of the idealism of the founding fathers of the Union. Let us try to live up to their visions.

Hans-Dietrich Genscher

Hans-Dietrich Genscher, geboren 1927 in Reideburg (Saalkreis), wurde nach dem Studium der Rechtswissenschaften Anwalt. Von 1946 – 1952 war er Mitglied der Liberal-Demokratischen Partei in Halle/Saale und ist seitdem Mitglied der F.D.P., deren Bundesvorsitz er von 1974 bis 1985 innehatte. Seit 1965 ist Hans-Dietrich Genscher Mitglied des Deutschen Bundestages. Über 22 Jahre stand er in der Regierungsverantwortung, zunächst von 1969 – 1974 als Bundesinnenminister, anschließend bis Mai 1992 als Bundesminister des Auswärtigen. Auch über seine Amtszeit hinaus ist Hans-Dietrich Genscher ein ruheloser Verfechter eines ungeteilten Europas geblieben.

Europa – ungeteilt

Das Leitbild eines ungeteilten und friedlichen Europa ist so alt wie die europäische Politik selbst. Aber nie zuvor in der Geschichte Europas waren wir der Verwirklichung dieses Zieles so nah wie heute. Die friedlichen Freiheitsrevolutionen der Völker in Mittel-, Südost- und Osteuropa haben die Tür weit geöffnet für die Einheit des größeren Europa, eines Europa, das seine Identität findet im Bekenntnis zur unaufgebbaren Würde des Individuums und seiner Freiheit, zu Demokratie, Menschenrechten und sozialer Marktwirtschaft. Das war und das ist die Botschaft der großen europäischen Freiheitsrevolution der Jahre 1989 bis 1991, die ohne die „singende Revolution“ der baltischen Nationen nicht zu denken ist. Europa verdankt es auch dem unbeugsamen Freiheitswillen der Esten, der Letten und der Litauer, daß es nach dem Jahrhundert der Gewalt und der ideologischen Verblendung heute die Chance hat, in Freiheit seine Einheit zu vollenden.

Die Keimzelle dieses geeinten, dieses größeren Europa ist die Europäische Union. Sie ist die bleibende Antwort auf die europäischen Bruderkriege im Zeichen eines übersteigerten Nationalismus und auf zwei blutige Weltkriege. Sie ist die einzig zukunftsfähige Antwort auf die Herausforderung der Globalisierung. Die Europäische Union hat eine neue Kultur der Zusammenarbeit in Europa verwirklicht, die auf der gleichberechtigten Zusammenarbeit großer und kleiner Staaten und auf gemeinsamen Werten beruht.

Diese Zusammenarbeit darf deshalb nicht auf die gegenwärtigen Grenzen der Europäischen Union beschränkt bleiben. Politische, ökologische und soziale Instabilität in Mittel-, Südost- und Osteuropa würde letztlich auch die Europäische Union destabilisieren. Die einzige Möglichkeit, auf Dauer Stabilität, Prosperität und Demokratie in ganz Europa zu sichern, ist die Ausdehnung der Stabilitätszone und der neuen Kultur der Zusammenarbeit, die heute in der Europäischen Union schon Wirklichkeit ist. Nur mit einer um die Staaten Mittel- und Südosteuropas sowie Zypern erweiterten Europäischen Union und durch eine immer engere Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas wird sich Europa in der multipolaren Welt des 21. Jahrhunderts behaupten können.

Die baltischen Staaten sind ein Teil Europas

Dieses Europa, das dabei vor unseren Augen steht, ist ohne die baltischen Staaten undenkbar. Litauer, Letten und Esten haben Großes zur der uns verbindenden Kultur Europas beigetragen. Mit den anderen Völkern Europas teilen sie das Bekenntnis zu Demokratie, Freiheit, Menschenrechten und Rechtsstaat. Für dieses Bekenntnis haben die baltischen Nationen viele Jahre gelitten und ihre Bürgerinnen und Bürger friedlich gestritten. Sie klopfen deshalb nicht mit leeren Händen an die Tür der Europäischen Union, sondern sie kommen mit dem kostbaren Gut friedlich und selbst errungener Freiheit. Eine Europäische Union ohne die drei baltischen Nationen wäre ein Torso.

Das zu erkennen und entsprechend auch zu handeln, ist die historische Verantwortung der Europäischen Union. Jetzt kommt es darauf an, die mit dem Abschluß der Europa-Verträge eröffnete Perspektive der Vollmitgliedschaft der baltischen Staaten und auch der anderen assoziierten Länder Mittel- und Südosteuropas in der Europäischen Union weiter zu konkretisieren. Die Völker Mittel- und Südosteuropas haben sich aus freiem Willen für Demokratie und Marktwirtschaft entschieden. Sie haben bei dem oft schmerzvollen Übergang zur Marktwirtschaft beeindruckende Fortschritte erzielt. Die rasante, vor wenigen Jahren noch für unmöglich gehaltene Entwicklung in den baltischen Staaten veranschaulicht das Ausmaß des wirklich revolutionären Wandels, der die Staaten Mittel- und Südosteuropas ergriffen hat.

Welche Fortschritte bei der Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen erzielt wurden, hat jüngst die Zusammenkunft der Staats- und Regierungschefs von elf Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas in Wilna gezeigt. Wer hätte es vor wenigen Jahren für möglich gehalten, daß der Präsident Litauens und der Präsident Polens gemeinsam zu einer solchen Konferenz über Zusammenarbeit in Mittel- und Osteuropa einladen würden?

Die Dramatik des Wandels östlich der Europäischen Union erlaubt es unserer Union nicht, in kleinmütigem Zögern zu verharren. Die Europäische Union darf jetzt ihre Stunde nicht versäumen. Während die NATO die Beitrittsgespräche mit Polen, Ungarn und Tschechien schon abgeschlossen hat, hat die Europäische Union noch nicht einmal einen Beschluß über die Aufnahme der Erweiterungsverhandlungen gefaßt. Deshalb muß der bevorstehende Europäische Rat in Luxemburg endlich Klarheit schaffen über den Fortgang des Erweiterungsprozesses. Er sollte den Beginn der Beitrittsverhandlungen mit allen assoziierten Staaten zum 1. Januar 1998 beschließen. Keines der assoziierten Länder in Mittel- und Südosteuropa darf jetzt zurückgewiesen werden. Assoziierte Länder erster, zweiter oder gar dritter Klasse darf es nicht geben.

Diese Gefahr beschwört allerdings der Vorschlag der Europäischen Kommission herauf, nur mit Polen, Tschechien, Ungarn, Estland, Slowenien und Zypern Beitrittsverhandlungen zu beginnen. Der Versuch, die beitriftswilligen Länder schon bei der Aufnahme der Verhandlungen in verschiedene Kategorien aufzuteilen, könnte, ja müßte zum Entstehen neuer Trennlinien in Europa führen. Kann man allen Ernstes wollen, das Baltikum durch die unterschiedliche Behandlung der baltischen Staaten bei der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen erneut zu spalten? Diese Frage zu stellen, heißt, sie zu beantworten, und zwar mit „nein“.

Alles spricht für eine immer engere politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den baltischen Staaten. Nur gemeinsam, nur durch politische Zusammenarbeit, durch wirtschaftliche Freizügigkeit, durch die Errichtung einer gemeinsamen Infrastruktur können die baltischen Staaten bei der innerbaltischen Zusammenarbeit ihr Gewicht in Europa zur Geltung bringen. Die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit nur einem baltischen Land würde demgegenüber die vielversprechenden Ansätze für eine solche Gemeinschaft der baltischen Staaten gefährden. Die Geschichte dieses Jahrhunderts bedeutet für die Europäer, zumal für uns Deutsche, die Verpflichtung, die baltischen Staaten nicht erneut in eine Sonderrolle zu drängen, die sie selbst nicht wollen und in die sie auch nicht gehören. Das gilt genauso im Südosten Europas für Bulgarien und Rumänien. Die Europäische Union darf jetzt nicht die Völker in Mittel- und Südosteuropa zurückweisen, die aus freien Stücken den schweren Weg zur Marktwirtschaft als Demokraten beschreiten in der Hoffnung, eine Heimstatt in der Europäischen Union zu finden. Sie jetzt zurückzuweisen, könnte sich als ein schwerwiegender Rückschlag für die Europa- und reformorientierten Kräfte in diesen Ländern erweisen. Die Menschen dort haben genau jene Parteien gewählt, die die Teilnahme an den Gemeinschaften Europas wünschen. Schließlich wird die Aufnahme oder Nicht-Aufnahme von Beitrittsverhandlungen auch ein wichtiges Signal sein für ausländische Direktinvestitionen in den assoziierten Staaten. Aus allen diesen Gründen sind die Bemühungen von Außenminister Kinkel zu begrüßen – auch gegen Widerstand, und zwar nicht nur der Europäischen

Kommission –, Schritt für Schritt an die Gleichbehandlung aller beitragswilligen Staaten heranzukommen.

Allerdings bedeutet die gleichzeitige Eröffnung von Erweiterungsverhandlungen mit allen assoziierten Staaten nicht notwendigerweise den gleichzeitigen Abschluß der Verhandlungen. Ausschlaggebend für die Aufnahme darf allein die Erfüllung der politischen und wirtschaftlichen Beitrittskriterien sein. Geopolitische Kriterien dürfen keine Rolle spielen.

Die Erweiterung ist eine Chance für die EU

Den Beitrittskriterien gerecht zu werden, bedeutet für die assoziierten Staaten in Mittel- und Südosteuropa eine gewaltige Herausforderung. Aber auch die Europäische Union muß sich auf die Erweiterung einstellen. Nur dann wird sie auch in Zukunft ein Anker europäischer und globaler Stabilität sein. Das verlangt die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion zum 1.1.1999, das verlangt die Reform der gemeinsamen Agrar- und Strukturpolitik, die Reform der Finanzverfassung der Europäischen Union und schließlich auch die Reform der europäischen Institutionen. Die Europäische Union muß die bevorstehende Erweiterung begreifen als die Chance, längst überfällige Reformen nun endlich entschlossen in Angriff zu nehmen. Aber hier muß gleich einem Mißverständnis entgegengetreten werden: Wenn diese Reformen nicht in vollem Umfange gelingen, wenn es zu Defiziten bei diesen Reformen kommt, dann darf das nicht als Vorwand genommen werden, um die Erweiterung weiter zu verzögern.

Nichts führt an der Einsicht vorbei, und dessen muß sich jeder innerhalb der Europäischen Union bewußt sein: Die von einer Verzögerung oder Aufteilung der beitragswilligen Staaten ausgehenden Gefahren sind weit aus größer als die Schwierigkeiten, die ohne Zweifel mit einem so umfangreichen Erweiterungsprozeß verbunden sind.

Europa endet nicht an den Grenzen der EU

Im Zeitalter der Globalisierung und neuer aufstrebender Kraftzentren überall in der Welt wird sich nur ein größeres Europa behaupten können. Die Herausforderung für die EU, den dramatischen Wandel östlich von ihr zu gestalten, endet nicht an den Grenzen der hier dargelegten, erweiterten Europäischen Union. Stabilität und Wohlstand in ganz Europa verlangen die volle Einbeziehung Rußlands, der Ukraine und der anderen Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion in die Europäische Zusammenarbeit, nicht in die Europäische Union selbst. Die immer engere Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und diesen Staaten auf der Grundlage der Partnerschafts- und Kooperationsabkommen – im Unterschied zu den Europaverträgen mit den hier genannten Staaten – ist unverzichtbar für die Schaffung einer dauerhaften und gerechten Friedensordnung für ganz Europa. Im Zeitalter der Globalisierung haben wir, die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, wesentlich mehr gemeinsame Interessen mit Rußland, der Ukraine und den anderen Nachfolgestaaten als Gegensätze, die uns heute noch trennen.

Deshalb sollte die Europäische Union Rußland und die Ukraine als ernsthafte strategische Partner betrachten. Das verlangt eine umfassende politische Zusammenarbeit auf allen Ebenen. Das verlangt, die großen Möglichkeiten des Wirtschaftsraumes vom Atlantik bis Wladiwostok gemeinsam zu nutzen. Das verlangt die Schaffung einer gesamteuropäischen Freihandelszone vom Atlantik bis nach Wladiwostok. Das verlangt auch eine gesamteuropäische Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Telekommunikation und Energie. Und wir brauchen mehr gesamteuropäische Kooperation im Bereich des Umweltschutzes. Je mehr die Völker Europas durch eine gemeinsame Infrastruktur verbunden werden, je stärker sie ihre gemeinsamen Interessen in einer globalisierten und nicht mehr bi-, sondern multipolaren Welt erkennen, um so geringer ist die Gefahr des Rückfalls in die alten Fehler traditioneller Macht- und Rivalitätspolitik.

Enge Partnerschaft mit den USA und Rußland

Stabilität und Sicherheit des größeren Europa im 21. Jahrhundert zu wahren, erfordert auch in Zukunft die enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Die geschichtlichen Erfahrungen dieses Jahrhunderts lehren uns: Auch nach dem Ende des Kalten Krieges darf der Atlantik nicht breiter werden. Im Gegenteil: Die Globalisierung und das Entstehen einer multipolaren Welt verlangen eine erneuerte und vertiefte transatlantische Partnerschaft. Deshalb bleibt die NATO unverzichtbar für Sicherheit und Stabilität im Raum von Vancouver bis Wladiwostok. Allerdings muß sie sich an ein gewandeltes internationales Umfeld anpassen. Das verlangt auch die Neuordnung des Verhältnisses zu den Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas. Die Unterzeichnung der Grundakte zwischen der NATO und Rußland sowie eines vergleichbaren Dokuments mit der Ukraine waren entscheidende Schritte auf dem Wege zu einer tragfähigen gesamteuropäischen Stabilitätsordnung. Durch die Schaffung des Ständigen Gemeinsamen NATO-Rußland-Rates ist Rußland ein gleichberechtigter Partner der NATO geworden. Die Möglichkeiten dieser Partnerschaft müssen jetzt entschlossen genutzt werden.

Heute hat ganz Europa die Chance, ein und für allemal Rivalitäts- und Machtpolitik durch die vertrauensvolle und gleichberechtigte Zusammenarbeit großer und kleiner Staaten zu ersetzen. In einer dauerhaften und gerechten Friedensordnung müssen alle europäischen Staaten ihre berechtigten Sicherheitsinteressen gemäß dem Grundsatz der gleichen Sicherheit für alle zur Geltung bringen können. Hierzu gehört auch das Recht eines jeden Staates, entsprechend der KSZE-Schlußakte von Helsinki selbst über seine Bündniszugehörigkeit zu entscheiden. Hierzu gehört auch die Entwicklung kooperativer Sicherheitsstrukturen. Sie – und nicht mehr ein sicherheitspolitischer Bilateralismus – sind die Elemente, auf denen die gesamteuropäische Architektur beruhen wird. Deshalb ist der Ausbau der OSZE zu einer handlungsfähigen gesamteuropäischen Institution so dringlich. Die OSZE darf nicht zu einem Stiefkind der europäischen Politik werden. Als einzige europäisch-atlantische Sicherheitsstruktur, der

sowohl die nordamerikanischen Demokratien als auch die Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion angehören, bleibt sie für Sicherheit und Stabilität im ungeteilten Europa unverzichtbar.

Das große Potential regionaler Kooperation

Das größere Europa wird auch ein Europa der regionalen Zusammenarbeit sein. Das wird heute schon deutlich spürbar im Ostseeraum. Vom Eis der Kalten Kriegen befreit, ist die Ostsee zu einem „Meer der Möglichkeiten“ geworden. Die Gründung des Ostseerates vor fünf Jahren war Ausdruck des Willens der Ostseeanrainer, an die guten Seiten der Ostseekooperation wieder anzuknüpfen. Es geht dabei um die Entwicklung einer gemeinsamen Infrastruktur, um den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, die Bekämpfung von organisierter Kriminalität und um viele andere gemeinsame Aufgaben. Dazu muß auch die Europäische Union ihren Beitrag leisten. Gefordert ist aber auch die volle Einbeziehung Rußlands in die Ostseekooperation. Die Zukunft der Ostseekooperation hängt dabei entscheidend vom Verhältnis zwischen Rußland und den baltischen Staaten ab. Das russisch-baltische Verhältnis ist von Bedeutung für ganz Europa – das gilt im Guten wie im Schlechten. Um so ermutigender ist es, daß Rußland und seine baltischen Nachbarn in den vergangenen Jahren bei der Neuordnung ihrer Beziehungen trotz der Schatten der Vergangenheit große Fortschritte gemacht haben.

Am Ende des 20. Jahrhunderts, das wie kein anderes vor ihm ein Jahrhundert der Gewalt und der Ideologie war, hat Europa erstmals in seiner Geschichte die Chance, seine Einheit friedlich und auf der Grundlage gemeinsamer Werte zu finden. Dieses große Ziel verlangt die gemeinsame Anstrengung aller Europäer, und sie verlangt Entscheidungskraft, Weitsicht und Visionen der Europäischen Union. Es gibt keinen Urlaub von der Geschichte. Sie verzeiht weder Kleinmut noch ängstliches Zögern. Deshalb möchte ich alle ermutigen, daß wir, die Esten, die Letten, die Litauer und die Deutschen, gemeinsam mit den Völkern Europas das ungeteilte Europa erbauen.

Diskussion

Jonathan Carr, Korrespondent „The Economist“: Excellencies, when do you realistically expect, or at least hope, to become members of the European Union, and what might be the latest date? Could you also say a bit more about the economic and political consequences if one of your countries goes ahead to membership before the others?

Dr. Valdis Birkavs, Außenminister der Republik Lettland: Two years ago I made my own prognosis and I said that we will be in the EU not earlier than after five years and not later than after ten. Now I tend to say that the latter date is closer to the truth.

Speaking about the consequences, let us look at the process of accession to the Council of Europe. All three Baltic countries applied for membership in the Council of Europe. Estonia was first, Lithuania was second, Latvia was third. But we clearly understood what should be done, what should be achieved and there were not any consequences from that point of view. But in the case of EU enlargement, my colleague Saudargas said that there is no clear answer. I think he is right.

Dr. Algirdas Saudargas, Außenminister der Republik Litauen: On the first question, I would like to say that we should not speak about which year it will take place. It will depend on many factors, on the EU's internal clock, and on the applicant countries themselves, how well they are prepared for the accession. Our government is not calculating in absolute figures but in relative figures, i.e., we would like to be together with the first applicant country.

On the second question: There will be some consequences. There have been consequences even between Sweden and Norway on some items. But I don't think we should think about those consequences now because they do not influence our current situation.

Mart Laar, Ministerpräsident der Republik Estland a. D.: The time of accession will mostly depend on how quickly the reforms inside the European Union will be agreed. For Estonia I expect the year 2002 or 2003 to be realistic.

What will happen if one country will be selected and the other two will not? First of all, we hope that the other Baltic countries will go with us in this process. Second, if this will not happen I can say one thing to you and our Baltic neighbors: Estonia will never give up the Baltic cooperation. Never! In our negotiations with the European Union about accession we will make it clear that all our treaties, all our cooperation will be kept and continued.

As to economic developments and the perspectives of the Baltic markets, I do not think there will be crucial economic drawbacks for Lithuania and Latvia, e.g., that they will lose some investments. In fact they might even win some investments because in Estonia some foreign investors might be afraid of the coming, beautiful European bureaucracy. For the Baltic states the best thing is to move together.

Markus Meckel, MdB (SPD), 1990 Außenminister der ersten freigeählten DDR-Regierung: Ich bin nicht so sicher, ob die NATO weiter ist als die Europäische Union. Ich sehe es genau anders herum. Die NATO hat, anders als die Europäische Union, keine klare Konzeption, bis wohin die Integration in den nächsten zehn Jahren gehen soll. Bei der NATO ist, nach den ersten drei Ländern, die entschieden sind, offen, wie es weitergeht. Wir Deutschen haben unsere Position, daß der Erweiterungsprozeß fortgesetzt soll. Aber klar ist das wahrhaftig nicht. Es gibt die Grundakte mit Rußland und die Charta mit der Ukraine, aber was die anderen Staaten angeht, das ist für die NATO offen, was ich sehr problematisch finde. Die Unsicherheit der NATO ist ein Faktor der Instabilität in Europa. Deshalb der Vorschlag, daß die NATO mit den drei baltischen Staaten eine Charta, vergleichbar zu der mit der Ukraine, abschließt, allerdings mit dem einen Zusatz der verbindlichen Perspektive einer künftigen

gen Mitgliedschaft. Dies wäre zumindest ein teilweises Beheben des von mir angesprochenen Defizits.

Eine zweite Bemerkung. Ich bin auch nicht sicher, ob das, was die Kommission vorgeschlagen hat und was mit einigen Veränderungen vermutlich in Luxemburg beschlossen wird, wirklich eine Teilung Europas ist. Der Wille der Kommission ist etwas anderes. Ich halte das nicht für eine unglaubliche Politik, denn es ist deutlich gesagt, daß es nicht nur die Weiterführung und sogar deutliche Verstärkung mit klaren Strukturen des Heranführungsprozesses gibt. Außenminister Kinkel hat einen Erweiterungsausschuß vorgeschlagen, weil die Europakonferenz, wenn die Türkei daran teilnimmt, die Verstärkung des Heranführungsprozesses nicht darstellen kann.

Es ist gut, die wahrhaftige Differenzierung zwischen den Staaten auch in dem konkreten Vorgehen zu berücksichtigen, denn sonst würde es während des Verhandlungsprozesses geschehen, und darauf könnte man dann politisch nicht mehr reagieren. Es erscheint mir notwendig, auf die vorhandene Differenz zwischen den Staaten – zum Beispiel zwischen Bulgarien und Ungarn –, einzugehen und angemessen darauf zu reagieren. Ob die Unterschiede, die die Kommission zwischen den baltischen Staaten ausgemacht hat, berechtigt sind, muß man untersuchen. Aber daß differenziert wird, halte ich für richtig.

Deshalb auch noch ein Vorschlag, der für alle zehn Staaten gilt. Ich hielte es für gut, wenn ein Beobachterstatus im Europäischen Parlament geschaffen wird. Man kann drei Kategorien wählen: die kleinen Staaten fünf Beobachter, die größeren 15, die mittleren zehn Beobachter. Gewählt werden könnten die Beobachter im Jahr 1999, und sie würden über alle Rechte eines Parlamentariers im Europaparlament verfügen mit Ausnahme des Abstimmens. Dann würde erstens die Wirklichkeit dieser Staaten in die europäische Diskussion des Europäischen Parlamentes stärker eingebracht, als dies bisher der Fall ist. Im Europäischen Parlament werden oft nur die internen Strukturen betrachtet, die Wirklichkeit ganz Europas aber allzu schnell aus dem Blick verloren. Es wäre wichtig, daß Vertreter

der Parteien aus den assoziierten Staaten die hochkomplizierten Strukturen der EU besser kennenlernen, Erfahrungen sammeln und somit realistische Erwartungen an die Europäische Union haben. Man stelle sich zudem das wichtige politische Signal vor, wenn in Litauen, in Estland, in Bulgarien und Ungarn, um nur einige zu nennen, 1999 ein Europawahlkampf geführt wird.

Dr. Karl-Friedrich Nonnenbroich, stellvertretender Direktor der Landeszentrale für Politische Bildung Schleswig-Holstein: Minister Genscher hat die Frage der Ostseekooperation angesprochen. Mich würde interessieren, wie die baltischen Nachbarn die Zukunftsperspektiven der Ostseekooperation beurteilen.

Dr. Gerhard Gnauck, Redakteur „Frankfurter Allgemeine Zeitung“: Von drei Schriftstücken ist häufig die Rede, zum einen von der baltisch-amerikanischen Charta und zum andern jeweils von einem Vertrag, dem estnisch-russischen und dem lettisch-russischen Vertrag. Haben Sie in letzter Zeit Hinweise erhalten, wie es mit den drei Dokumenten weitergehen kann? Was sind Ihre Erwartungen hinsichtlich der Abschlußtermine?

Birkavs: The Baltic-US Charter will probably be signed in the middle of January 1998. Regarding the Latvian-Russian border, we have been ready to sign the agreement for about half a year. Everything has been agreed on but the Russians do not send clear signals when the agreement can be signed. The Latvians are ready and so are the Estonians

Saudargas: The Border Delimitation Agreement between Lithuania and Russia has been signed recently. Regarding the Charter I would like to say that we regard the Charter with the United States as a step towards NATO membership, not as a substitute.

The issue of Baltic cooperation is currently discussed quite often. There is no need to talk more about our cooperation now than in other times.

There is some scepticism about our cooperation in the West but that is due to a false image of closeness in the West. The Baltic states are not like the Benelux. That is an illusion. We have started our cooperation from zero, we have achieved very much, and we will continue. We have free trade agreements and many similar things. The integration into Europe will not harm our Baltic cooperation.

Laar: Hinsichtlich des Grenzvertrages mit Rußland pflichte ich Herrn Birkavs bei. Estland hat die Beratungen schon vor ungefähr einem halben Jahre abgeschlossen. Aber Rußland scheint auch im kommenden halben Jahr nicht fertig zu werden. Das ist eine politische Frage, da gibt es nichts zu tun. Ich fürchte, wir werden noch lange warten. Aber das Wichtigste ist, daß die Europäische Union das, was passiert, sehr genau versteht. Für die Aufnahme der Verhandlungen über den Eintritt in die Europäische Union war dieser Komplex unproblematisch. Die Grenze ist sehr gut kontrolliert, das ist der wichtigste Aspekt. Wir sind darauf vorbereitet, die neue Ostgrenze der Europäische Union zu sein.

Die andere Frage betrifft die Zusammenarbeit im Ostseeraum. Die baltische Kooperation ist sehr wichtig, und ich denke grundsätzlich, daß die Ostseezusammenarbeit eine große Zukunft hat. In dem Europa, auf das wir uns zu bewegen, spielt die regionale Zusammenarbeit eine wesentliche und auch erfolgreiche Rolle. Ich wüßte keinen Grund, warum wir jetzt vergessen sollten, daß die Zusammenarbeit im Ostseeraum gute historische Gründe und vielfältige Traditionen hat. Die Geographie kann sich jetzt positiv für uns auswirken.

Birkavs: From my point of view, both accession negotiations and Baltic cooperation are instruments to prepare ourselves for the final goal.

I highly appreciate the proposal about an observer status. This would be an extremely strong signal for the future achievement of our goal because there will be a long way to go. However, the question is not „as soon as possible“. „As ready as possible“, „as prepared as possible“, that is the

question. Since you need clear signals all the time your proposal is an excellent idea.

Prof. Dr. Martin Seidel, Rechtsanwalt, ehemals Bundesministerium für Wirtschaft: Im Zusammenhang mit dem Beitritt aller drei baltischen Staaten stellt sich ein Problem, das zusammenhängt mit dem Staatsangehörigkeitsrecht, wie es in Ihren Ländern existiert. Bekanntlich knüpft die Unionsbürgerschaft, die die Europäische Gemeinschaft gewährt, an das Staatsbürgerschaftsrecht an. Grundlage der Unionsbürgerschaft ist die Freizügigkeit, und wer die nationale Staatsangehörigkeit nicht hat, nimmt mangels Freizügigkeit dann auch an dem Gemeinsamen Markt nicht teil. Uns ist bekannt, daß die Kommission diese Problematik thematisiert, daß sie auch in den Organen der Gemeinschaft angesprochen wird. Können Sie etwas zu der Entwicklung sagen, die in Ihren drei Ländern besteht? Denn es ist eine typische Situation, die es in dieser Form beispielsweise in der Slowakei nicht gibt.

Birkavs: The situation is not critical. Non-citizens have the right to apply for citizenship, and to have citizenship. But the naturalization process is going very slowly, particularly in Latvia. Why? Can you imagine former Soviet people who are still not sure what will happen with this country? These people receive a signal from European Commission, „No, Latvia still can't start negotiation“. A little bit later they receive another signal. President Yeltsin proposes guarantees. Naturally they are confused. They should have strong signals from the European Union to make their decision. Though they have the rights, they are not making the decision.

Saudargas: In Lithuania there are no obstacles for that because there are very few non-citizens. I would also like to comment on the proposal of observership in the European Parliament, which is an excellent idea. To have European elections in applicant countries would indeed be of utmost importance. That would trigger a real discussion in our societies. Membership in the EU is not an issue that has so far attracted a sufficient level

of attention in our countries. It is mainly the governments who care about. But to have European elections in all the applicant countries even before accession would stimulate society to think about the European issue.

Laar: Die Probleme mit der Staatsbürgerschaft werden derzeit in Estland nicht besonders intensiv diskutiert. Ein Grund dafür ist, daß es kaum Unterschiede zwischen dem Bürger und dem Nichtbürger im Sozialen und in allen Wirtschaftsbereichen gibt. Wir sind schon jetzt sehr europäisch. Daraus wird insofern ein Problem, als die Menschen, die nicht Bürger sind, nicht am Erwerb der Staatsbürgerschaft interessiert sind. Wenn man die Staatsbürgerschaft erwirbt, kommen auch Pflichten, z.B. der Wehrdienst. Ohne Bürgerschaft läßt es sich viel leichter leben. Allerdings bin ich in diesem Zusammenhang froh zu hören, daß 1998 die Visa-Freiheit für die baltischen Länder eingeführt wird. Dann gibt es also ein Motiv für unsere Nichtbürger, die estnische Bürgerschaft zu erwerben, denn dann können sie ohne Visa nach Deutschland reisen.

Dr. Matthias Meyer, Zentralstelle Weltkirche der Deutschen Bishopskonferenz: Eine Frage zu dem, was Jacques Delors die „Seele Europas“ genannt hat, also das christliche Fundament Europas. Welche Rolle weisen Sie in Ihren Staaten der Kirche zu, was wünschen Sie von der Kirche? Was erwarten Sie von der Kirche auf europäischer Ebene?

Robert Cooper, Gesandter, Britische Botschaft, Bonn: The European Union is a mixture of both idealism and self-interest, perhaps that is why it is a success. I participated in the negotiations for Spain joining the European Union and although one heard a lot in public about the ideals of the European Union, when it came to the negotiation the story was much more about fruit and vegetables and fish. The negotiations were in fact blocked for a period of about three or four years because of the question of fruit and vegetables.

When it comes to the next round of enlargement negotiations some very important interests will be at stake, in connection with the financing of the community, in connection with the agricultural policy of the community. Those who argue for beginning negotiations with as many states as possible, all at the same time, include idealists and we've heard some very powerful arguments for that today. They also include people who are defending self-interest. The method by which they choose to defend self-interest is on the thesis that if you begin negotiations with everyone simultaneously there is a good chance that the negotiations will never end. Because, and here I dare to contradict one of the Foreign Ministers, because the technical questions cannot be completely neglected. Negotiating with the European Union is a very complicated business. The treaties are already complicated but the negotiations include not just the treaties but every single piece of secondary legislation which has been agreed since the beginning of the European Union. And that is a gigantic volume and it's a gigantic amount of work. And to attempt to negotiate about every single piece of European legislation simultaneously with eleven states is, I think, seriously beyond the capacity of Europe at the moment.

Therefore, differentiation is necessary. All I would say is: may the best man win. Let this be judged on objective criteria. I agree that those who start first will not necessarily be those who finish first. I see this a healthy competition. But be careful because those who argue for beginning with everyone simultaneously include people whose objective is that negotiations should never end.

Laar: Zunächst zu der Frage nach dem Christentum. Meiner Meinung nach sind die christlichen Ideen und die christliche Kultur die Basis für Europa. Ich kann mir Europa ohne diese Ideen nicht vorstellen. Viele Probleme im heutigen Europa sind darauf zurückzuführen, daß wir uns von diesen Ideen weit entfernt haben. Ein Europa, das stärker werden soll, braucht aber mehr von diesen Ideen und mehr Verständnis auch für das, was Europa groß gemacht hat.

Zu dem Kommentar: Das, was gesagt wurde, ist zum Teil auch unsere Befürchtung. Wenn ich die Auseinandersetzungen um die Erweiterungsfrage betrachte, sehe ich einige Politiker und einige Länder, von denen ich genau weiß, daß sie nicht bereit waren, mit mehr als drei Ländern die Erweiterungsverhandlungen zu beginnen.

Wir haben natürlich die Angst, daß als Resultat dieses großen und idealistischen Kampfes keines der baltischen Ländern in der ersten Runde am Tisch sitzen wird. Das wäre das schlimmste Resultat, das es geben kann. Und wenn wir die Europäische Union realistisch anschauen, gibt ganz viele Mächte, die schon gegen einen Beginn der Verhandlungen mit uns sind. Das ist die Realität, an der wir nicht vorbei kommen.

Saudargas: In Lithuania the Church has a very high moral authority. In opinion polls asking about the confidence of people in institutions our government and parliament are unfortunately not very high. But on the top there are the mass media and the Church, which is mainly the Catholic Church. Sometime ago, the press got several points ahead of the Church. So there is a sound and good competition for confidence. You have to have a high moral authority if people put confidence in you. And through this aspect the Church must, should, and can influence society in Lithuania as well as in Europe generally.

A short comment on the common start of negotiations. We do not wish that those chosen for the start of negotiations will automatically be the first ones to become members. This would make it even more difficult for Lithuania. But on the other hand, more in-depth scrutiny should be and could be done before differentiation. Just to make a prognosis is not enough. For example, it is technically affordable to have a screening. The screening will be made for those countries which will start negotiations. It is also possible to make a thorough screening for all eleven countries, and then to select with whom to start, and with whom to postpone the more detailed negotiations. The way it is now we have definite opinions. I agree with you and your warning.

Birkavs: Indeed, we have both idealism and self-interest. You would like to start with five plus one. And you say if any country is ready it can join. Okay, next year's *avis* is positive: Lithuania and Latvia join. Already seven. One year later Slovakia has elections, democracy wins and they will join. And finally you will have negotiations with all eleven. Because negotiations start at a very early stage and there will be long way to go. It means that your argument, technicalities, cannot work in this particular respect. But you have already given an answer in your comment. You said there were periods when the negotiations with Spain were practically blocked for two, three years. Why? Because the governments were not able to solve these problems. The same will happen during the upcoming negotiations because even when starting with all, you will never finish with all. There will be different breaks, different blockings, very hard, very complicated, very sophisticated negotiations. But there will be an honest approach of all those who have idealism and self-interest.

Hans-Dietrich Genscher, Außenminister der Bundesrepublik Deutschland a. D.: Es war gut, die Frage nochmals aufzuwerfen, ob es richtig ist, mit allen gemeinsam zu beginnen. Das ist übrigens nicht eine Frage des Idealismus, sondern der klaren politischen Ziele und der Verpflichtung aus den europäischen Verträgen, daß die Gemeinschaft offen ist für die Staaten, die ihr beitreten wollen und die nach ihrer demokratischen Struktur und ihrer wirtschaftlichen Entwicklung die Voraussetzungen dafür erfüllen.

Aber Sie haben Gründe genannt, die gar nicht daran anknüpfen, warum man nicht mit allen beginnen soll. Einen davon kann ich überhaupt nicht akzeptieren, nämlich den, daß die Verhandlungskapazitäten nicht ausreichen. Das hört man ja auch aus Brüssel. Wir haben eine Europäische Union, deren größtes Mitgliedsland, die Bundesrepublik Deutschland, 6.500 Angehörigen des Auswärtigen Dienstes beschäftigt. Das kleinste Land ist Luxemburg mit weniger als 1.000. Es hat sich gezeigt, daß die Präsidentschaften, die Luxemburg innehatte, meist die erfolgreichsten wa-

ren. Es geht somit nicht um die technische Verhandlungskapazität, sondern um die innere Einstellung zu dem Problem.

Was die Kompliziertheit der Verhandlungen angeht, sind Ihnen die komplizierten Verhandlungen über Fisch und Obst und Gemüse aus Spanien in besonderer Erinnerung geblieben. Für mich waren die kompliziertesten Verhandlungen die über den britischen Finanzbeitrag zur Europäischen Union. Aber keines der beiden kann doch als Argument benutzt werden.

Nun möchte ich einmal in diesem Kreis eine Frage stellen: Wer in diesem Kreis kann aufrichtig sagen, daß er vor drei oder vier Jahren der Meinung gewesen ist, daß Estland und Slowenien heute zu den am meisten entwickelten Ländern, die assoziiert mit der EU sind, gehören werden? Eine dramatische Entwicklung! Und wenn Sie jetzt die Dynamik der Entwicklung in Litauen und Lettland sehen, so ist völlig klar: Wenn wir aufgrund einer Augenblicksaufnahme aus dem Dezember 1997 über die Aufnahme der Verhandlungen entscheiden würden, könnte es uns in zwei Jahren passieren, daß wir feststellen, daß die Entwicklung in diesen beiden Ländern viel weiter fortgeschritten ist, als in den anderen, mit denen Verhandlungen geführt werden.

Und was bedeutet denn zwei Gruppen von Verhandlungen? Was bedeutet das? Wann beginnt denn die nächste Gruppe? Ich sage Ihnen genau, was kommen wird. Wenn man sich entscheiden wird, mit einer bestimmten Zahl nur zu beginnen, dann wird man sagen, erst müssen wir's beenden. Und das ist nun wirklich etwas, was die Teilung Europas eher verfestigt. Es ist sehr, sehr schwer, allein neben dem dynamischen Prozeß zu laufen.

Ich habe nur auf einen Gesichtspunkt hingewiesen, der nicht gering eingeschätzt werden darf. Ich weiß von vielen Unternehmen in Deutschland wie in Amerika, in England, Frankreich, Niederlanden, daß bei der Frage, ob sie sich für eine Investition in einem Land entscheiden, wichtig ist, ob dieses Land sehr bald Mitglied der Europäischen Union sein wird oder nicht. Und ich sage heute voraus, daß in dem Augenblick, wo die Entscheidung gefallen ist, über einen kleineren Kreis von Verhandlungsaufnahmen ein Investitionsstrom – etwas Erfreuliches – geht, aber ein gerin-

gerer in die anderen Länder. Dies wird den Abstand vergrößern, und daraus kann sich ein schwer überbrückbarer Abstand ergeben.

Ich gehe nicht davon aus, daß die Verhandlungen mit allen gleich schnell abgeschlossen werden; ich möchte das noch mal ausdrücklich betonen. Und das kann bei einer Gruppe von fünf nicht anders sein, als wenn wir alle einbeziehen würden, weil einfach die Probleme ganz unterschiedlich sind. Es gibt Länder, die sehr weit fortgeschritten sind, aber auch große Probleme mit sich haben, z.B. Polen mit seiner großen Landwirtschaft. Da ist viel an Agrarreform innerhalb der Europäischen Union gefordert, wenn das verkraftet werden soll. Das sind Probleme, die für die baltischen Staaten diese Rolle nicht spielen.

Ich habe in Vilnius bei dieser Konferenz mit den Präsidenten von Rumänien und Bulgarien gesprochen. Dort hat es Wahlen gegeben, bei denen ein wahlentscheidendes Motiv war, welche Parteien besonders nachdrücklich für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union eintreten, und von welchen man erwartet, daß sie diese Mitgliedschaft verwirklichen. Wenn dort eine Wählerenttäuschung eintritt, könnte es sein, daß eine andere Orientierung Wirklichkeit wird. Auch das müssen wir mit in Betracht ziehen. Deshalb ist es nicht eine Frage einer idealistischen Meinung, mit möglichst vielen Verhandlungen aufzunehmen. Tatsächlich ist die Zahl begrenzt; es ist jene überschaubare Gruppe von Ländern, mit denen wir Europaverträge abgeschlossen haben. Es liegt im Interesse dieser Länder, es liegt im Interesse der Europäischen Union, aber es liegt auch im Interesse der Stabilität in Europa, wenn die Europäische Union die Kraft findet, mit Ihnen gemeinsam zu beginnen und nicht heute entscheiden zu wollen, wer am Ende der Verhandlungen der erste und wer der dritte sein wird; das wird in der Tat ganz unterschiedlich sein. Deshalb ist für mich das Startlinien-Prinzip, für das ich hier plädiere, eine eher realistische Einschätzung als eine idealistische und zugleich auch, wie ich finde, eine moralische Verpflichtung der Staaten der Europäischen Union.

ISSN 1435-3288

ISBN 3-933307-01-5



Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Walter-Flex-Straße 3
D-53113 Bonn
Germany

Tel.: +49-228-73-1880
Fax: +49-228-73-1788
<http://www.zei.de>